



Unsere Wählergruppe

„Bürger für Ahrensfelde“ informiert:

+++ Ortsbeiratssitzungen in Ahrensfelde und Lindenberg im Mai 2023 +++

In jeweils beiden Sitzungen stand die **Benennung eines Seniorenverantwortlichen** auf der Tagesordnung (siehe Ratsinformationssystem auf der Website der Gemeinde Ahrensfelde). In der Einwohnerfragestunde fragten einige Bürger, was es damit auf sich habe? Was könnte das sein und was darf die gewählte Person? Im Ortsbeirat Ahrensfelde antwortete der Ortsvorsteher, Herr Joachim (**AWG**) sinngemäß, man wolle hier keinen Seniorenbeirat wählen und der Rest komme später. Wenig später wurde die aktuelle Leiterin AG Senioren für Ahrensfelde, Angelika Klitzsch (**AWG**), auch schon zur neuen **Seniorenverantwortlichen** von den Gremiumsmitgliedern gewählt bzw. ernannt. Begründet wurde diese „Wahl“ damit, dass man keine Fremden möchte, die Einem etwas auf diktieren wollen und man fürchte, dass ein Seniorenbeirat politisch missbraucht werden würde. Kurz zur Person Frau Klitzsch: Sie organisiert in Ahrensfelde für rund 120 Senioren Feste und Veranstaltungen und sieht sich wahrscheinlich als Sprachrohr für jene. Der stellvertretende Ortsvorsteher, Peter Stock (**AWG**), schob noch nach, dass man auf diese Art und Weise auch einen Behindertenbeauftragten wählen werde und diesen mit bestimmten Befugnissen ausstatten wolle.

In Lindenberg ist Herr Siegfried Berger (SPD) für die Seniorenarbeit zuständig und hat sich bei der „Wahl“ zum neuen Seniorenverantwortlichen gleich selbst mitgewählt. (Leider kein Witz!). Ortsvorsteher Meuschke betonte, dass der Seniorenverantwortliche aus „unseren Reihen“ kommen müsse. Der anwesende Verwaltungsangestellte, Kämmerer und stellvertretende Bürgermeister, Herr Knop, widersprach dieser Aussage und sagte, dass es kein Muss sei.

Wir plädieren dafür: Die Wahl der Senioren- und Behindertenbeauftragten sollte bei der kommenden Kommunalwahl demokratisch erfolgen und nicht willkürlich in einem Ortsbeirat vonstattengehen – zumal der Ortsbeirat laut Kommunalverfassung Brandenburg keine Legitimation für eine derartige „Wahl“ hat. In unserer Gemeinde leben rund 5.000 Senioren, die wahlberechtigt sind und sicherlich gerne selbst entscheiden möchten, wer ihre Interessen in der Gemeinde vertreten soll. Beim Besetzen von Entscheider-Positionen sollte vermieden werden, dass gewählte Personen Eigeninteressen verfolgen und Vorteilnahme ausüben könnten.

+++ Amtsblatt und Schaukästen +++

Unsere Wählergruppe „Bürger für Ahrensfelde“ hat sich aus unserer Vereinsarbeit heraus entwickelt. Einige Mitglieder möchten aufs politische Geschehen in unserer Gemeinde Einfluss nehmen und treten bei der nächsten Kommunalwahl 2024 an.

Was wir allerdings nicht wegdrücken wollen und können, ist die Tatsache, dass unserem Verein *Lebenswerte Gemeinde Ahrensfelde* bisher verwehrt blieb, sich im Amtsblatt und den Schaukästen in den Ortsteilen abbilden zu dürfen. Aus unserer Sicht findet eine Trennung zwischen Verein und Wählergruppe seitens der Verwaltung nicht statt, obwohl wir nachweislich ein gemeinnütziger Verein sind. Aktuell wurde uns sogar die Teilnahme am **Gemeindefest am 3. Juni** an der Grundschule Lindenberg verwehrt, obwohl wir zweimal aufgefordert wurden, daran teilzunehmen. Eine Woche nach schriftlicher, fristgemäßer

Anmeldung mit Angeboten wie Märchenzelt, Ringe- und Büchsen werfen, Honig-Angebot, Waffeln/Kuchen wurde uns schriftlich vom Mitveranstalter Verein Regionalpark Barnim Feldmark wegen angeblicher „überlappender Angebote“ abgesagt. (Vergleichen Sie gern mit dem Flyer der Gemeindeveranstaltung). Scheinbar möchte man uns mit allen Mitteln und Wegen einfach wegdrücken, als ob es uns nicht gäbe.

Wir plädieren dafür: Gleiche Behandlung für alle Vereine der Gemeinde. Alle dürfen sich abbilden. Es wird nicht willkürlich entschieden, wer sich öffentlich präsentieren darf und wer nicht!

+++ Neue Windräder braucht Ahrensfelde NICHT! +++

In der Einwohnerfragstunde des vergangenen Ortsbeirats Lindenberg fragte ein Anwohner u.a., warum die Gemeinde mit einem teuren Anwalt gegen die geplanten Windkraftanlagen klagt und warum diese den Rechtsstreit verloren hat? Antwort vom stv. Bürgermeister, Herrn Knop, war: „Aus einem unbekannten Grund hat man in letzter Zeit wohl Pech mit Klagen.“ Die Windkraftanlage, um die es im Streit ging, soll in 800 Meter Entfernung zur Grundschule entstehen. Die Maße: **164 Meter Nabenhöhe plus 80 Meter Radius, also 245 Meter hoch.** Einige Ortsbeiratsmitglieder haben wegen des geplanten Windrades und der Nähe zur Schule keine Bedenken, was evtl. gesundheitliche Beeinträchtigungen für Schüler und Lehrer betrifft.

Wir plädieren dafür: Stopp mit der sinnlosen Steuergeldverschwendung für Prozesse, die keine Aussicht auf Erfolg haben. Die Gemeindevertreter sollen sich stärker für das gesundheitliche Wohl und die Interessen der Bürger einsetzen, und keine weiteren Windkraftanlagen in der Gemeinde errichten lassen!

+++ Beteiligung an der Wohnungsbaugesellschaft Werneuchen und Befangenheits-Antrag eines Bürgers im Lindenberger Ortsbeirat +++

Dr. Gebel ist Bürger aus dem Ortsteil Lindenberg und stellte in der vergangenen Ortsbeiratssitzung Lindenberg mündlich und schriftlich einen Befangenheits-Antrag zur Sitzung vom 23.3.2023. Die Reaktion des Beirats auf den Antrag/Text war sprach- und ratloses Schweigen; lediglich Herr Meuschke murmelte etwas von „... das müssen wir jetzt nicht besprechen...“ und „...was Sie unter Befangenheit verstehen...“. In der März-Sitzung entschied der Ortsbeirat unter Protest zahlreicher Bürger, dass Neu-Lindenberg ein neues Wohngebiet (Winterdorf auf rund 80.000 m² schützenswerter Ackerfläche in der Birkholzer Allee) benötigt. Es erfolgte eine Abstimmung von 4 Ortsbeiratsmitgliedern und im Ergebnis stimmten 3 dafür, 1 dagegen. Bürgereinwände gegen das Errichten des Wohngebietes wurden ignoriert, weil Wohnungen besonders für Berliner und Mitglieder des Vereins Grün-Weiß Ahrensfelde gebraucht würden. Gleichzeitig möchte sich unsere Gemeinde mit der kommunalen Wohnungsbaugesellschaft Werneuchen zusammenschließen, aber man will keinen Wohnungsbau betreiben; sozialer Wohnungsbau wird sogar abgelehnt. Das muss uns Bürgern einmal erklärt werden.

Wir plädieren dafür: Mandatsträger sollten nur abstimmen, wenn sie nicht in irgendeiner Weise voreingenommen/befangen sind. Die Gemeindevertreter sollten dafür Sorge tragen, dass über die Beteiligung unserer Gemeinde an der Wohnungsbaugesellschaft Werneuchen die Einwohner der Gemeinde ausführlich informiert werden. Andererseits erweckt dies den Eindruck, als solle etwas am Bürger vorbei geschummelt werden.

+++ Die Einwohnerbefragung und Abstimmungsflyer Lindenerger Bürgertreffen +++

Trotz verfälschtem Bürgerbrief und unter Vorgabe der Antworten hat die Einwohnerbefragung unseres Vereins gezeigt, dass die Mehrheit der Bürger keine Bebauung in der Lindenerger Straße im Ortsteil Ahrensfelde wünscht. Bisher wurde dieses Ergebnis lediglich veröffentlicht, aber nicht von den Gemeindevertretern öffentlich ausgewertet. Bürgermeinungen scheinen nicht wichtig zu sein. Die Ergebnisse wandern möglicherweise einfach nur in die Schublade, oder schlimmer noch, in den Papierkorb?

Zum Wohngebiet in Lindenberg gab es einen Flyer „Einladung zum Bürgertreffen Lindenberg“ am 6. Mai 2023 mit Abstimmungsmöglichkeit, um ein Meinungsbild unter Lindenerger Bürgern einzuholen. Über 300 Haushalte sind demnach gegen eine Bebauung und 6 dafür. Eindeutiger geht es nicht, wenn auch dieser Art der Befragung keine Verbindlichkeit herstellt. Allerdings wurden fremde, scheinbar nachgedruckte Flyer von Unbekannten fast zeitgleich in Umlauf gebracht, die täuschend echt aussahen und nur auf den zweiten Blick als Kopien entlarvt werden konnten. Vermutlich wollte man Einfluss auf das Ergebnis nehmen? Danke noch einmal an alle Unterstützer!

Wir plädieren dafür: Bürgerbeteiligung ist gelebte Demokratie und sollte so oft wie möglich zum Einsatz kommen. Bürgerinteressen müssen jederzeit berücksichtigt werden. Sich für das Allgemeinwohl und eine lebenswerte Gemeinde Ahrensfelde einzusetzen, sollte oberste Priorität der Gemeindevertreter sein. Alte Seilschaften gehören unterbunden und mögliche persönliche Vorteilnahme von Mandatsträgern sollte im Keim erstickt werden. Beides ist demokratiefeindlich und führt unter Umständen zu irreversiblen Missständen in unserer Gemeinde.

Ahrensfelde, 1. Juni 2023

Kontakt: mail@buenger-fuer-ahrensfelde.de, www.buenger-fuer-ahrensfelde.de, Mobil: 0172-3862698 (Simone Ulrich); 0176-47331325 (Sven Richter, AP für OT Lindenberg)